

Veranstaltung mit **Dr. Rainer Eckert** in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus am 10. März 1994

"Verstrickungen der Humboldt-Uni mit dem MfS"

Der Referent dieses Abends war 1972 aus politischen Gründen von der Humboldt-Universität exmatrikuliert und jahrelang im Operativvorgang (OV) "Demagoge" observiert worden. Erst im Jahre 1991 konnte er als Dozent für Geschichte an jene Alma mater zurückkehren, deren Verstrickungen mit "Horch und Guck" Thema seiner intensiven Recherchen und nun seines Vortrages war.

An den Beginn der Ausführungen stellte Dr. Rainer Eckert zunächst die folgenden vier allgemeinen Überlegungen:

Erstens werde heute die Diskussion um die Verbrechen der Stasi zu sehr personalisiert und reduziert auf die Rolle ehemaliger IM's. Weitgehend blieben nicht nur die Strukturen und Befehlshierarchien dabei unberücksichtigt, auch die Rolle der SED als eigentlicher Auftraggeber dieser Geheimpolizei würde meist nicht genügend beachtet.

Zweitens wären Veröffentlichungen zu dem Thema meist zu reißerisch aufgemacht, zu unsachlich und nicht orientiert an moralischen Grundfragen (z.B. ist das Thema "Denunziantentum" als prinzipiell-ethisches Problem noch nirgendwo erörtert worden).

Drittens sei aus den genannten Gründen ein Diskurs anzustreben einerseits mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern und Betroffenen und andererseits mit Fachleuten (Historiker, Psychologen, Theologen, Philosophen), was für wirkliche Vergangenheitsbewältigung und echte Aussöhnung unverzichtbar wäre.

Verhängnisvoll für das öffentliche Klima seien jedoch -viertens - pauschale Forderungen nach Verjährung von sogenannten Bagatelldelikten, Forderungen nach "Schlußstrich", nach Vernichtung der Akten oder Schließung der Gauck-Behörde, wie sie von Diestel über Schorlemmer bis zu Frau Hildebrandt erhoben würden. Damit werde die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, ebenso wie schon nach 1945, neurotisch verdrängt.

Dr. Eckert zitierte dann aus einem reichhaltigen Material zahlreiche Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Staatssicherheit und unterschied hier zunächst zehn Grundformen der Kungelei:

- 1.) Auslandsspionage; 2.) Unterdrückung jeder Form von Opposition innerhalb der Studentenschaft (im Stasi-Jargon: Kampf gegen PID und PUT = politisch-ideologische Diversion und politische Untergrundtätigkeit); 3.) Abschirmung der DDR-Forschung gegenüber ausländischen Geheimdiensten; 4.) Gewinnung von Informationen über die politisch-ideologische Situation an der Universität zur Berichterstattung an die SED-Führung; 5.) Vergabe von Forschungsaufträgen durch das MfS (vor allem im naturwissenschaftlich-technischen und psychologischen Bereich); 6.) Gutachten von Wissenschaftlern für das MfS und für die Generalstaatsanwaltschaft der DDR (meist von der juristischen, aber auch von der germanistischen Fakultät bzw. Sektion); 7.) Einflußnahme der Stasi auf die Personalentwicklung (bis hin zur Verteilung der Studienplätze; insbesondere in solchen Studienrichtungen, deren Absolventen geeignet sein könnten für spätere Auslandseinsätze im Stasi-Dienst); 8.) Beeinflussung des gesellschaftlichen Lebens

der Universität und des Unterrichts; 9.) Hochschulabsolventen als Reservoir des MfS-Nachwuchses (insbesondere IM's und Offiziere); 10.) Überwachung aller Auslandsbeziehungen der Universität.

Insgesamt waren die Beziehungen zwischen Humboldt-Universität und Staatssicherheit so intensiv, daß man sie nur vergleichen kann mit den Beziehungen, die zwischen Stasi und Polizei, Zoll und Militär bestanden. Keine andere gesellschaftliche Einrichtung in der ehemaligen DDR war so fest im Griff der Mielke-Truppe. So ist es auch kein Zufall, sondern ein bezeichnender Einzelzug, daß während der Wendemonate 1989 in dieser Ost-Hochschule keine Graffiti die Wände zierte, daß es erst im November 1989 zu einer ersten studentischen Versammlung kam, auf der "Reformen" angemahnt wurden.

Die im universitären Bereich eingesetzten Inoffiziellen Mitarbeiter haben sich immer wieder durch eine besonders fleißige und effektive Spitzeltätigkeit hervor getan und drängten geradezu auf eine kontinuierliche Erweiterung ihrer Aufgabenbereiche. Im Vordergrund stand hier die Erarbeitung von "Informationsplänen" über "feindlich-negative Kräfte", welche dann die Grundlage für "Maßnahmepläne" und OV's zur Materialsammlung für ein Strafverfahren bildeten. Solche "Informationspläne" hatten u.a. die folgenden Fragen zum Inhalt:

- Hat die Person eine gefestigte negative Haltung und worin äußert sich diese?
- Wie und wo verbringt die Person ihre Freizeit?
- Welche Kontakte hat die Person?
- Wie ist ihr Auftreten bei Seminaren und persönlichen Gesprächen?
- Welche Beziehungen bestehen in der Familie?
- Was sind die Eltern von Freund/Freundin der Person?
- Wie ist das Sexualverhalten der Person? usw.

Dr. Eckert erwähnte in diesem Zusammenhang die Professoren Enge und Schützler von der Sektion Geschichte, die sich durch eine sogar für IM's der Humboldt-Uni außergewöhnliche Mitteilungsfreudigkeit gegenüber ihren Auftraggebern auszeichneten. Die beiden bearbeiteten jahrelang mit Akribie die vier folgenden umfangreichen Themenkreise:

Erstens Berichte über politische Meinungen ihrer Studenten und über Diskussionsabende bei Kollegen, zu denen sie eingeladen waren. Ferner Analysen universitärer Angelegenheiten bis hin zum Stundenplan und Ausführungen über "ideologische Schwierigkeiten" an der Universität.

Zweitens Schilderungen ihrer dienstlichen Auslandsreisen.

Hier notierten sie nicht nur Gespräche während der Zollkontrollen an der deutsch-deutschen Grenze, sie informierten auch über die Benutzungspraxis in westdeutschen Bibliotheken und über Persönlichkeitsbilder von Kollegen im Altbundesgebiet. Sogar Skizzen der Gebäude und des Inventars westdeutscher Büchereien und Institute fertigten sie an. Außerdem schrieben sie über das Alltagsleben in der Bundesrepublik, bis hin zu Charakteristika von Mitbewohnern der Hotels oder Pensionen, in denen sie während ihrer Dienstreisen untergebracht waren. Das Verkaufsverhalten in Supermärkten oder auch Zufallsbekanntschaften waren ihnen ebenfalls viele engbeschriebene Seiten wert.

Die dritte Gruppe von Berichten dieser beiden emsigen IM-Historiker (im doppelten Sinne des Wortes!) umfaßte Interna über Kollegen der Humboldt-Uni bis zu deren Psychosituation und Eheleben.

Viertens referierten sie über die Wirkung bestimmter Sendungen des Westfernsehens auf die Bevölkerung. Hier finden sich u.a. auch Berichte über das private Umfeld sämtlicher Mitglieder einer Kleingartensparte, in der einer der beiden Geschichtsprofessoren seine Freizeit verbrachte.

Hinzufügen muß man noch, daß der größte Aufwand zur Überwachung und Durchdringung der Humboldt-Universität von -seiten der Stasi in den achtziger Jahren getrieben wurde (auch die angeführten Berichte der beiden Historiker gehören in diese Zeitspanne). Gerade in diesem Dezennium jedoch hat es keinerlei oppositionelle Regungen unter den Ost-Berliner Studierenden gegeben. Wieder einmal zeigte sich neben dem paranoiden Mißtrauen, der Perfidie und gefährlichen Allgegenwart dieses brutalen Repressionsapparates zugleich auch seine weitgehende Ineffektivität, das Mißverhältnis zwischen einem enormen Aufwand und einer letztendlichen Erfolglosigkeit.

Wie weit reichte die Verstrickung?

Die im Mai 1992 abgeschlossene Überprüfung aller Professoren und Dozenten der Humboldt-Universität durch die Gauck-Behörde (die Überprüfung der technischen und Verwaltungs-Kräfte steht noch aus, Studenten werden nicht überprüft) ergab folgendes: Von 780 Personen waren insgesamt 155 inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit. Davon waren 8 Prozent Gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit (GMS), 53 Prozent Informelle Mitarbeiter Sicherheit (IMS), 9 Prozent Inoffizielle Mitarbeiter Feindberührung (IMF) und 12 Prozent Personen, die ihre Wohnung, Adresse und Telefon dem MfS zur Verfügung gestellt hatten. Hinzu kommen 25 hauptamtliche Mitarbeiter.

Von den 155 IM-"Lehrkörpern" waren 1989 noch 67 aktiv. Zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Untersuchungsergebnisses der Gauck-Behörde waren insgesamt noch 81 in der Uni-versität beschäftigt. Von ihnen erhielten 16 ihre Kündigung, 10 andere wurden gesperrt für die Wahl in universitäre Gremien. Einige erhielten auch Abfindungs- und Überleitungsverträge für den Vorruhestand. Das Gros blieb jedoch auf seinem Posten wegen "Geringfügigkeit" der MfS-Tätigkeit.

Von den 25 "Offizieren im besonderen Einsatz" (oiB's) wurde 10 gekündigt. Außerdem löste man das Institut für Kriminalistik auf, das bereits seit 1961 als besondere Stasi-Hochburg im universitären Bereich Ost-Berlins gegolten hatte. Damit hatte die Aufarbeitung der Vergangenheit im wesentlichen bereits ihren Abschluß gefunden.

Dennoch wurde von Alt- und Neulinken eine wüste Kampagne entfacht wegen des angeblichen Gesinnungsterrors gegen "verdienstvolle DDR-Hochschullehrer". Nachdem zum Beispiel am 24.8.1993 Prof. Thomas Portmann, Aids-Forscher und Immunologe, seine Kündigung erhalten hatte wegen MfS-Mitarbeit und wegen falscher Angaben im Personalbogen, kursierte in der Universität das Flugblatt eines "Komitees für soziale Verteidigung". In ihm heißt es u.a.: "Die antikommunistische Hexenjagd gegen alles, was an die DDR erinnert, wird aus Rache für die Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 betrieben. Regierung und SPD-Opposition wollen Wissenschaft, Forschung und Medizin auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ideologisch durchsäubern und weiter zusammenstreichen. Die Hexenjagd zielt darauf ab, angesichts massiver Arbeitsplatzvernichtung und sozialen Abbaues die Werktätigen zu spalten und einzuschüchtern, die dagegen Widerstand leisten wollen."

Nachdem ehemalige OiB's eine Aufforderung erhalten hatten, sich dem Ehrenrat der Universität zu stellen, meldete sich - ebenfalls per Flugblatt - ein "Bund der Offiziere (der ehemaligen DDR)" nicht minder arrogant zu Wort: "An die Anhörungskommission! Was wir Mitarbeiter in der DDR, d.h. als Staatsbürger der

DDR, taten, geht niemanden etwas an. Wenn wir antworten, dann nur einer revolutionären Partei oder Organisation."

Nachdem im Mai 1990 bekannt geworden war, daß das Ost-Berliner Institut für Sozialtherapie ehemalige Mitarbeiter der Stasi und des Mdi (Ministerium des Inneren) zu Diplom-Sozialtherapeuten (!) umgeschult hatte, und der Studentenrat es gewagt hatte, dagegen zu protestieren, drohte das Flugblatt eines "Revolutionären Soldatenbundes": "Ihr verfluchten Dreckschweine! Könnt ihr nicht endlich die Stasi-Leute in Ruhe lassen! Wir warnen euch! Laßt eure dreckigen Schnauzen und eure Pfoten von unseren Genossen, sonst geht es euch schlecht!"

Mit welcher politischen Blindheit man Ursache und Wirkung vertauschte, Schuldige zu Opfern stempelte, zeigten die empörten Reaktionen auf die Entlassung des Humboldt-Rektors Heinrich Fink wegen Stasi-Mitarbeit durch den Berliner Wissenschaftssenator Erhardt am 27.11.1991.

Fink, seit 1979 ordentlicher Professor für praktische Theologie, seit 1980 Direktor der Sektion Theologie der Humboldt-Universität, war nicht nur Mitglied der Ost-CDU, Mitarbeiter des DDR-treuen Weißenseer Arbeitskreises (Kirchliche Bruderschaft Berlin-Brandenburg) und Vorsitzender des DDR-Regionalausschusses der kommunistischen Tarnorganisation Christliche Friedenskonferenz (CFK) gewesen. Seit dem 4.4.1969 war Fink bei der Staatssicherheit in insgesamt 12 Akten und Aktenteilen (fünf Bände) unter dem Decknamen "Heiner" mit der Kennziffer XV/1827/68 als IMF (F für Feindverbindung und Auslandskontakte) geführt. Bereits am 12.6.1968 hatte man eine "IM-Vorlaufakte" angelegt, die über die erfolgreiche Anwerbung dieses Theologen Auskunft gibt, der "über die erforderliche Voraussetzung der Aufklärung innerkirchlicher Einrichtungen wie der Differenzierung und der Zersetzung" verfüge.

Aus einem "Werbungs- und Qualifizierungsplan" der Stasi-Hauptabteilung XX/4 vom Jahr 1969 geht hervor, daß "Heiner" zu den "profilieren Vertretern der jüngeren Theologen in der DDR" zu zählen sei, sehr "kontaktstark" wäre und über wertvolle Verbindungen ins Ausland, nach Westdeutschland verfüge. Deshalb könne bei dem IM "zielstrebig damit begonnen werden, ihn im Auftrag des MfS in wichtigen internationalen kirchlichen Gremien tätig werden zu lassen". In einem weiteren Eintrag vom Oktober 1969 wurde notiert, es handele sich um einen "zuverlässigen IM", dessen "Berichterstattung mehrfach überprüft" worden sei.

Stasi-Oberstleutnant Klaus Roßberg wußte, warum er am 4.12.1989 befahl, die Akte "Heiner" zu vernichten - nach der Wende durfte das Material nicht in falsche Hände geraten.

Fink, im April 1990 zum neuen Humboldt-Rektor gewählt, sollte sich auch in dieser Funktion für die Genossen als "zuverlässig" erweisen: So hintertrieb er erfolgreich die Auflösung ideologisch belasteter Fachbereiche wie Geschichte, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie die Abberufung von Protagonisten des SED-Regimes (z.B. Michael Brie, Steffen Rückl, Heinz Felfe, Michael Piek u.v.a.). Nach seiner Entlassung wurde der Ex-IM und Ex-Rektor jedoch zum Märtyrer verklärt. In ihm sahen Professoren und Studenten nun den unbeugsamen Ostler, der gegenüber arroganten Wessis die DDR-Identität hochhielt. Warnstreiks an der Hochschule und eine Demonstration vor dem Gebäude der Gauck-Behörde (Sprechchor: "Den Heiner nimmt uns keiner") wurden organisiert, bei der ehemalige Bürgerrechtler, Kirchenvertreter und Schriftsteller der alten DDR eine merkwürdige Allianz bildeten zur Verteidigung des "guten Menschen von Humboldt", wie Fink von seinen Anhängern nun genannt wurde.

Derselbe Fink hatte noch am 17.5.1989 auf einer Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel den "demokratischen Charakter des Wahlsystems der DDR" gepriesen, ein halbes Jahr später dagegen den Fall der Berliner Mauer als "kalten

Staatsstreich" kritisiert.

Fink war nicht nur ein Profiteur des Systems, er verbrämte die abgrundtiefe Verlogenheit des SED-Staates jahrzehntlang auch noch mit christlichen Floskeln. Zwar hat Fink in der Zwischenzeit auch schon in der zweiten Instanz den Arbeitsrechtsstreit gegen seine Kündigung verloren, doch noch immer gilt er als unschuldiges Opfer einer "Hexenjagd".

Da meist auch heute alte Kader a la IM "Heiner" in den Chefetagen sitzen, wagen unbelastete Uni-Mitarbeiter und sogar Betroffene es oft noch immer nicht, sich kritisch zu äußern, da sie befürchten müssen, dann beim nächsten eventuellen Personalabbau als "Nestbeschmutzer" obenan auf die Kündigungsliste gesetzt zu werden. Außerdem können die Kollaborateure darauf bauen, daß der demokratische Rechtsstaat die Kompliziertheit totalitärer Verstrickungen ohnehin in ihrer ganzen Komplexität nie ganz zu durchschauen vermag. Die weitgehende Aktenvernichtung durch das MfS 1989/90 hat hier auch noch ein übriges getan, ebenso wie die aktuellen stereotypen Forderungen nach "Zuschütten von Gräben" und "Solidarität mit den Opfern westdeutscher Kolonisation". Auch besteht heute eine weitgehende Kameraderie, eine Trias zwischen "roten Socken" in den Hochschulen der neuen Bundesländer einerseits und andererseits den Spät-68ern und "unpolitischen Wissenschaftlern" aus der alten BRD, die Einzug gehalten haben an ostdeutschen Hochschulen. Die Salonlinken der einstigen APO, die in der DDR immer eine Alternative zum Kapitalismus wähten, fühlen sich durch die Stasi-Debatte in ihrer Sozialismus-Nostalgie gestört, während die sogenannten Nur-Wissenschaftler politische Diskussionen als dem Wesen einer Universität generell nicht angemessen empfinden und außerdem als "Wessis" nicht beurteilen können/wollen, wie es im Osten früher gewesen ist. Solche "Bündnispartner" kommen den einstigen großen und kleinen Vigilanten sehr zupaß.

"Für die intellektuelle Redlichkeit und die innere Autonomie der Hochschulen in der ehemaligen DDR", meinte Dr. Eckert am Schluß, "ist es ein deprimierender Befund, daß die Verstrickungen nach wie vor nicht vollständig offengelegt sind."

Hans Brückl